



Hauptausgabe

Neue Luzerner Zeitung  
6002 Luzern  
041/ 429 51 51  
www.luzernerzeitung.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 71'668  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.207  
Abo-Nr.: 1095889  
Seite: 5  
Fläche: 62'581 mm<sup>2</sup>

# Liberalisierung ist vom Tisch



Wie lange sollen Läden geöffnet haben? Eine national einheitliche Lösung ist gescheitert.

Keystone/Gaetan Bally

KARI KÄLIN

**ÖFFNUNGSZEITEN** Der Ständerat lehnt längere Ladenöffnungszeiten ab. Auch ein Luzerner Standesvertreter stellt sich gegen die Liberalisierung: der freisinnige Damian Müller.

kari.kaelin@luzernerzeitung.ch

Die Einkaufszeiten sind von Kanton zu Kanton verschieden. Filippo Lombardi nennt es einen «mittelalterlichen Flickenteppich», der den Einkaufstourismus befeure und nicht den Bedürfnissen der Kunden entspreche. «Wenn ich Glück habe, wohne ich in der Nähe eines Tankstellenshops», gab der Tessiner CVP-Ständerat zu bedenken. Noch vor vier Jahren stimmte die Kleine Kammer seiner Motion für schweizweit längere Ladenöffnungszeiten zu. Unter-

dessen hat der Bundesrat eine Vorlage ausgearbeitet. Nach leichten Abänderungen durch das Parlament stand gestern Folgendes zur Debatte: Von Montag bis Freitag sollen die Läden mindestens von 6 bis 20 Uhr geöffnet sein dürfen, am Samstag von 6 bis 18 Uhr.

Lombardis argumentativer Ausflug ins Mittelalter half nichts. Der Ständerat trat mit 26 zu 16 Stimmen bei drei Enthaltungen zum zweiten Mal nicht auf das Geschäft ein. Schweizweit längeres



Hauptausgabe

Neue Luzerner Zeitung  
6002 Luzern  
041/ 429 51 51  
www.luzernerzeitung.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 71'668  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.207  
Abo-Nr.: 1095889  
Seite: 5  
Fläche: 62'581 mm<sup>2</sup>

Shoppfen ist damit vom Tisch. Einige Kantone, darunter Schwyz, Nidwalden und Obwalden, kennen bereits heute liberale Regelungen. Für sie hätte das Gesetz keine Auswirkungen gehabt. In Luzern, Zug und Uri hätten die Leute mit der neuen Regelung länger einkaufen können.

### Müller für den Föderalismus

Nicht einmal die CVP stand hinter ihrem Fraktionschef Lombardi. Acht Christdemokraten lehnten die Vorlage ab, nur vier hiessen sie gut. Die SVP (zwei Ja, drei Nein) war gespalten, die linke Ratsseite geschlossen dagegen. Einzig die FDP (9 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltungen) hatte grossmehrheitlich nichts gegen ein längeres Einkaufsvergnügen einzuwenden.

Als freisinniger Abweichler entpuppte sich Damian Müller. Der Luzerner Neo-Ständerat warb in seinem Votum für ein Nein und stellte sich damit auch gegen Johann Schneider-Ammann, den eigenen Bundesrat. Wie kommt ein FDP-Parlamentarier dazu, sich gegen eine Liberalisierung zu stemmen? Müllers Haupteinwand war föderalistischer Natur: Der Bund soll den Kantonen keine Einkaufsregeln diktieren. Dass die Luzerner in den letzten zehn Jahren gleich

dreimal bei kantonalen Abstimmungen längere Öffnungszeiten abgeschmettert hatten, bestärkte Müller in seiner Haltung – obwohl die Luzerner FDP 2013 die Initiative ihrer Jungpartei «Für freie Ladenöffnungszeiten» noch unterstützt hatte. Müller liess das Hauptargument der Befürworter, den Einkaufstourismus, nicht gelten. «Der Hauptgrund für den Einkauf ennet

### «Der Hauptgrund für den Einkauf ennet der Grenze ist der Preis.»

STÄNDERAT DAMIAN MÜLLER  
(FDP, LUZERN)

der Grenze ist der Preis und nicht die längeren Ladenöffnungszeiten», sagte er mit Hinweis auf eine Umfrage. Ausserdem zeigten Studien, dass längere Öffnungszeiten Grossverteilern wie Migros und Coop gegenüber Dorfläden einen Wettbewerbsvorteil bringen würden.

### Geteilte Ständesstimme

Der zweite Luzerner Ständesvertreter, Konrad Graber (CVP), unterstützte das Lager der Liberalisierer. «Massgebend waren für mich der starke Franken und die ungleich langen Spiesse, welche die Detailhändler heute gegenüber Bahnhofs- und Tankstellenshops haben», sagte er gegenüber unserer Zeitung. Die Befürworter versuchten, den Rat mit Zahlen auf ihre Seite zu ziehen. So wies etwa Filippo Lombardi darauf hin, dass das Volumen des Einkaufstourismus im letzten Jahr auf 11 Milliarden Franken angewachsen sei. Immerhin rund 20 Prozent würden laut einer Umfrage die Ladenöffnungszeiten als Grund angeben. Ergo rechnete Lombardi vor: «Wenn nur 1,5 Milliarden in der Schweiz bleiben würden, würde man damit 5000 Arbeitsplätze schaffen.» «Die Kunden stehen sich am Abend in den Bahnhofsläden auf den Füßen», doppelte Ruedi Noser (FDP, Zürich) nach.

Die Appelle prallten an einer breiten föderalistischen Ablehnungsfront ab. SP-Präsident Christian Levrat (Freiburg) formulierte es so: «Ich will nicht, dass die Zürcher über die Öffnungszeiten unseres Dorfbäckers entscheiden.»